

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verhandlungen - aber kein Ergebnis.

Die bürgerlichen Koalitionsparteien beraten.

Die Führer der Koalitionsparteien besprachen heute vormittag im Reichstag erneut die Forderungen der Sozialdemokratie. Die Beratungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Um 11 Uhr begaben sich die Vertreter der bürgerlichen Koalitionsparteien zum Reichskanzler. Die Demokraten forderten in dieser Sitzung Verhandlungen der Koalitionsparteien über die von der Sozialdemokratie an ihren Verbleib in der Koalition gestellten Voraussetzungen. Das Zentrum nahm eine ähnliche Haltung ein, während sich die Volkspartei ablehnend verhielt. Um 12 Uhr mittags trat dann das Kabinett zusammen, um zu den Forderungen unserer Fraktion endgültig Stellung zu nehmen und einen Bescheid zu fassen, von dem die Fraktion um 2 1/2 Uhr Kenntnis nehmen wird.

Der Reichstag tritt erst am Mittwoch, den 7. November, nachmittags 3 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die Rüstungen in Nordbayern.

Der Reichsinnenminister fordert Aufklärung.

Der Reichsminister des Innern Sollmann hat folgendes Telegramm an den bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling geschickt:

„Preussische und thüringische Staatsregierung erheben bei mir eingehende Vorstellungen wegen der irregulären Truppenkonzentrationen an der nordbayerischen Grenze. Verhältnismäßig bedeutende Truppenverbände mit schweren Waffen, auch Geschützen, amlich festgesetzt. Amliche Meldungen sprechen von Grenzüberschreitungen auf thüringisches Gebiet und Schüsse auf thüringische Grenzposten. Preussische und thüringische Staatsregierung besorgt wegen Bedrohung ihres Landes durch diese irregulären Truppen und verlangen schleunigst Schutz von der Reichsregierung. Große Unruhe in ganz Mitteldeutschland wegen der militärischen Vorgänge in Nordbayern. Im Reichsinteresse ersuche um baldige Aufklärung über die irregulären Rüstungen in Nordbayern und über die Maßnahmen der bayerischen Regierung gegen diese große innerpolitische Gefahr.“

Das Telegramm, das der Reichsminister des Innern, Genosse Sollmann, an die bayerische Regierung richtete, und das wahrscheinlich eine seiner letzten Amtshandlungen darstellt, wirft ein grelles Licht auf den unhaltbaren Zustand, der sich zwischen Bayern und dem Reich herausgebildet hat. Es ist, das Wort noch ausgesprochen werden, der Zustand einer drohenden Kriegsgefahr. Bayern rüstet gegen Deutschland! Es wird aus rechtsradikalen, nationalsozialistischen Kreisen Freiwillige, die an der Grenze gegen Thüringen und Sachsen massiert werden und die jeden Augenblick bereit sind, Zusammenstöße von unabsehbarer Tragweite herbeizuführen.

Diese bayerische Mobilmachung gegen das Reich ist nur möglich geworden durch die verhängnisvolle Unschlüssigkeit, mit der man in Berlin den bayerischen Vorgängen gegenüberstand. In ihren Anfängen konnte die Kahr-Diktatur gebrochen werden, wenn das Reich nur den festen Willen zeigte, sich einen Bruch der Verfassung und geleiteter Treue nicht gefallen zu lassen. Heute ist ein viel größerer Aufwand von Energie notwendig, um des Uebel's Herr zu werden und wieder einigermaßen geordnete Zustände in Deutschland herzustellen.

Wenn sich die Reichsregierung nicht entschlossen zeigt, die republikanischen Kräfte zum Schutz gegen den bayerischen Angriff aufzurufen und bereitzustellen, dann wird ihr nichts anderes übrig bleiben als die Kapitulation. Die Kapitulation aber vor dem Verfassungsbruch und der Meuterei bedeutet die vollständige Vernichtung der Verfassung von Weimar, die erzwungene Unterwerfung einer Volksherrschaft und ihrer parlamentarischen Vertretung unter eine bewaffnete Gewalt. Man frage sich vergebens, wie ein so verändertes Deutschland in der äußeren Politik bestehen soll, da ihm auch der letzte Rest wieder aufeinander Sympathien in der Welt verloren gehen wird. Man frage sich ebenso vergebens, wie die inneren Gegensätze dann zum Ausbruch gebracht werden sollen, da schließlich doch äußerste Gewaltanwendung kein dauernd brauchbares Mittel ist, sie zur Erledigung zu bringen.

Man sieht daraus, welche geschichtliche Bedeutung der Entscheidung des heutigen Tages innewohnt. Es kommt nicht darauf an, ob der Sozialdemokratie formale Zugeständnisse gemacht werden. Wenn sich das Kabinett Stresemann und die bürgerlichen Parteien nicht zu der Einsicht aufschwingen, daß der bayerische Konflikt nicht durch eine Kapitulation des Reiches gelöst werden darf, und wenn sie nicht bereit sind, die gebotenen Mittel anzuwenden, um die Autorität des Reiches wiederherzustellen, dann kann die Krise durch Verhandlungen nicht gelöst, sondern höchstens verschleppt werden.

Die Sozialdemokratie brennt wahrhaftig nicht darauf, einen deutschen Bürgerkrieg zu entzünden. Sie weiß, daß dieser Bürgerkrieg ein furchtbarer Augenblick ist, und sie ist bereit, alles mögliche zu seiner Vermeidung zu versuchen. Aber daß ein paar Münchener Machthaber alles tun dürfen, was ihnen beliebt, daß sie mit Verfassung und Eid umspringen können, wie es ihnen beliebt, daß man schließlich ganz Deutschland ihnen zu Füßen legt, nur weil auf ihrer Seite der brutale Wille zur Macht ist, auf der anderen Seite aber der Wille zur eigenen Ohnmacht, das geht nicht und das machen wir nicht mit!

Wer steckt dahinter?

Als der militärische Ausnahmezustand, viel zu überstürzt, verhängt worden war, hieß es, er gelte der Rechtsgefahr, zumal von Bayern her. Die Militärbefehlshaber würden außerhalb Bayerns zur größten Zurückhaltung angewiesen werden. Genau das Gegenteil trat ein. In Bayern hielt sich v. Lossow zurück, aber desto eifriger betätigten sich die Generale in den anderen Ländern. Sie registrierten derartig in die stolzen Verhältnisse hinein, daß es Beschwerden an die Reichsregierung aus allen Ländern hagelte und jetzt alle Länder ohne Ausnahme gegen die Militärdiktatur sind.

Als Reichswehrverstärkungen in Sachsen einrückten, hatten sie angeblich den strengen Befehl, sich nur in die von Unruhen bedrohten Gebiete zu begeben und sich auch dort vollkommen zurückzuhalten, solange Ruhe bleibt. Das Gegenteil wurde überall gemacht. Schwerlich ist dafür das Wehrkreis-Commando in Dresden verantwortlich. Es müssen politische Kräfte neben dem Kabinett und außerhalb des Kabinetts verheerend gewirkt haben, zum Schaden des Landes, zum Schaden der Reichswehr.

Als das Ultimatum an Sachsen abließ, dasselbe Spiel: Feierliches Gelächern des Kanzlers, daß der Reichskommissar Zurückhaltung üben werde. Statt dessen überstürzte provokatorische Maßnahmen ohne jede Instruktion durch den Kanzler.

Item: Hier sind Intrigen gegen das Reichskabinett in seinem bisherigen Bestande für jeden fühlbar. Die Sozialdemokratie läßt sich solche Treibereien nicht gefallen.

Ende der Mark - Ende des Reiches?

Die furchtbaren Judungen der sterbenden Mark, denen wir seit zwei Tagen machtlos beizuhelfen, mögen wohl zum Teil mit dem Treiben der Spekulation zu erklären sein, die sich die technischen Mängel der bei der Herstellung und Verbreitung der Goldmarken wieder einmal verlagerten Reichsbankleitung zunutze macht. In der Hauptsache aber geht der neue Markterfolg von den Auslandsbörsen aus und ist als ein Zeichen hoffnungsloser Beurteilung der Lage Deutschlands in der Welt anzusehen.

Es kann dabei nicht einmal die Rede sein, daß sich die außenpolitische Lage des Reiches in den letzten Tagen wesentlich verschlechtert hätte. Im Gegenteil, es scheint als sollte die erneute Reparationskonferenz zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands trotz der von Poincaré gemachten Schwierigkeiten dennoch zustandekommen: Die Vereinigten Staaten haben wissen lassen, daß sie von Frankreich aufgestapelten Einschränkungen und Vorbehalte nicht als ein unüberwindliches Hindernis ansehen und daß sie an der Beratung teilnehmen würden. Poincaré selbst hat zuletzt erklärt, daß er sogar nichts dagegen hätte, wenn die Konferenz in Berlin stattfinden und daß er lediglich darauf bestehen müsse, daß sie ihre Arbeiten auf die Schaffung der jetzigen Leistungsfähigkeit Deutschlands beschränke.

Warum dann diese absolute Hoffnungslosigkeit des Auslandes gegenüber der Zukunft des Reiches? Sie ist offenbar darauf zurückzuführen, daß man im Auslande neuerdings den Zerfall des Reiches als eine unabwendbare Tatsache betrachtet. Man hat jedes Vertrauen in die Lebenskraft Deutschlands verloren, weil man das Gefühl hat, daß sich das Reich selbst aufgibt.

Und wer wollte behaupten, daß eine solche Beurteilung unberechtigt sei? Wo sind die Kräfte, die sich einem Zerfall des Reiches wirklich entgegenstemmen, außer in der republikanischen Arbeiterschaft? Und gerade diese Arbeiterschaft ist es, die mehr denn je von der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung und im Reichstag politisch provoziert und mißhandelt wird. Das Ausland sieht mit Staunen und Entrüstung, wie die Regierung Stresemann, die den starken Mann gegen das schwache Sachsen martiert hat, nach fast fünfwöchigem Ausweichen vor dem reaktionär-separatistischen Bayern sich endgültig zu kapitulieren anschickt. Es sieht, wie die Berliner Regierung sich jede Provokation, jeden Verfassungsbruch, jede Schandtat des bayerischen Diktators gefallen läßt und um „Verständigung“ mit den Rebellen winselt. Es ist Zeuge der mittelalterlichen Jüdenaustreibungen, die nur mit den zaristischen und rumänischen Vorbildern zu vergleichen sind, gegen die sich die gesamte Kulturwelt stets empört hat.

Wie soll die Welt zu einem solchen Staat noch Vertrauen haben? Zu einem Staat, in dem der Chef des Heeres zunächst mit seinem Rücktritt droht, wenn ein ungehorsamer General nicht abgesetzt wird, und der dann noch volle vierzehn Tage auf seinem Posten verbleibt, nachdem der Ungehorsam sich zur offenen Meuterei gesteigert hat? Zu einem Staat, der in einem solchen Falle nicht klipp und klar Partei für den Oberkommandierenden der Armee ergreift und ihm mit allen Mitteln zu seinem Recht und zu seiner Ehre verhilft, sondern umgekehrt mit den Beschültern des Meuterers parlamentiert? Die ganze Welt glaubt an den Untergang des Deutschen Reiches und sieht, wie sich dieser Untergang in Schanden vollzieht.

Dollar 320 - Dollar-Erlös 650 Milliarden.

Steuerreform.

Von Kurt Heinig.

Die Uebersicht der Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für den September 1923 liegt nunmehr vor. Es fehlen allerdings wieder die Angaben einer Anzahl Klassen des besetzten Gebietes, aber das war in den vorhergegangenen Monaten auch schon der Fall, es ändert sich somit das Vergleichsergebnis nicht.

Die Zahlen erhärten aufs neue, daß durch die sozialdemokratischen Auguststeuervorschläge, denen dann der gesamte Reichstag einschließlich der Kommunisten zustimmte, die Einkommensteuer aus Lohnabzug nicht mehr allein das Rückgrat der Reichseinnahmen geblieben ist. Zum Teil hat es wohl seinen Grund darin, daß die Arbeitslosigkeit rasend zunimmt. Um Mißverständnissen unter allen Umständen vorzubeugen, sei schon hier betont, daß das eigentliche „Rückgrat“ der Finanzen auch im September die Notenpresse geblieben ist.

Die gesamten Reichseinnahmen haben im September 1300 Billionen betragen. Davon entfallen rund 58 Proz. auf die Rhein-Ruhrabgaben, und zwar 34 Proz. auf die Landabgabe, 16 Proz. auf die Arbeitgeberabgabe, je 4 Proz. auf die sich selbst einschätzenden Einkommensteuerpflichtigen und die Kraftfahrzeug-Steuerpflichtigen. Die Rhein-Ruhrabgabe der Körperschaften hat noch nicht einmal ein halbes Prozent erbracht!

Die Einkommensteuer aus Lohnabzug ergab 19 Proz. der Reichseinnahmen, die der sich selbst Einschätzenden ganze 2 Proz. Namhafte Beträge erbrachten noch Zölle, Tabaksteuer (je 5 Proz.), Umsatzsteuer (3 1/2 Proz.), Börsenumsatzsteuer und Ausfuhrabgaben (je 2 Proz.), der Rest ist — Verlegenheit. Das heißt, so etwa vierzig verschiedene sonstige Steuern, Zölle und Abgaben haben ganze 5 1/2 Proz. der Reichseinnahmen ergeben!

Die vorstehenden Zahlen beweisen die Richtigkeit des Zwischenlösungsvorschlages, der mit den Auguststeuern gemacht wurde. Ohne ihn würden auch jetzt noch die Lohnsteuerpflichtigen trotz des Druckes der ständig weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit so gut wie völlig allein die Lasten des Ruhrkampfes tragen.

Wiel wichtiger als diese Feststellung ist aber die Nachprüfung der Beziehungen der Reichseinnahmen zu den Reichsausgaben. Den 1300 Billionen Einnahmen des September standen rund 4000 Billionen Ausgaben gegenüber!

Seither ist es entsprechend weiter gegangen. Im Augenblick werden täglich etwa eine halbe Trillion (18 Tausend) Papiermark neue Zahlungsmittel in Umlauf gesetzt. Gegenüber diesen Ziffern erscheinen eigentlich alle Steuern völlig sinnlos. Da die Steuerziehung schätzungsweise zehn Prozent der Reichsausgaben ausmacht, so kostet sie das Mehrfache des Aufkommens!

Beinahe lustig ist, daß die reaktionär-kapitalistische Presse, so die „Berliner Börsenzeitung“, angesichts dieses Mißverhältnisses zu dem Schluss kommt, es lohne nicht mehr, die Finanzämter bis zur Erschöpfung der Beamten anzuspannen, es lohne auch nach diesem Ergebnis nicht, industrielle und gewerbliche Betriebe durch untragbare Steuern in den Zusammenbruch zu treiben. Wir sind demgegenüber der Auffassung, daß unser gesamtes Steuersystem zwar die Kleinen erdrückt, sich geradezu sinnlos eifrig mit den Kleinen, mit Handwerkern, Bauern, Intellektuellen, Arbeitnehmern usw., abgibt, aber die Großen bleiben so ungeschoren, als sie es sich nur wünschen können.

Das ist durch die Steuer-Anfwerfungsverordnung durchaus nicht anders geworden. Ueberall sieht man auf dem Irrtum, daß durch sie dem Steuerbetrag endlich ein wirksamer Damm entgegengestellt worden sei. Dem ist nicht so. Durch die Aufwertungsverordnung ist etwa der gleiche Zustand hergestellt, der für die Lohnsteuerpflichtigen schon seit Jahren besteht. Die tatsächlich zu zahlende Steuer kann durch Nichtzahlung nicht wertlos gemacht werden. Aber die Ungerechtigkeiten der bestehenden Besitzsteuern, ihre falschen Grundlagen, die unzureichenden Erfassungen, die Hintertüren usw. usw., sie werden durch den Schutz vor Entwertung nicht verändert, sondern nur wertbeständig.

Durch den Beamtenabbau wird das Reich, da es Wartegeld und Pensionen zu zahlen hat, nicht erheblich und zum mindesten nicht kurzfristig entlastet. Für die Steuerverwaltung besteht dagegen die Gefahr, daß mit dem Beamtenabbau z. B. aus den Finanzämtern gerade die Angestelltesten, ein aktives Element der Steuerverwaltung, verschwinden und an ihrer Stelle mehr vorchriftsmäßige Jöpfe übrig bleiben als gut ist.

Aus all diesen Gründen drängen die Umstände zur großen Steuerreform.

Die Steuerreform darf sich nicht in raffinierten Berechnungsmethoden der Wertbeständigkeitschlüssel verzeihen — heute haben wir von der Briefmarken bis zur Dollarmark so ungefähr alle denkbaren Variationen —, sie muß die effektive Goldmark als Voraussetzung betrachten und auf ihr aufbauen.

Wir brauchen keine hohen, keine „erdrückenden“, und nicht fünf Duzend Steuern, sondern deren 5 oder 6; ihre Erträgnisse müssen aber automatisch einlaufen, sie müssen einfach und sachlich sein. Das Steuerprogramm der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, das kürzlich veröffentlicht wurde, gibt genügend Hinweise für diese Reform.

Entscheidend bleibt, daß endlich eine wirkliche Belastung des Besitzes erfolgt. Beinahe scheint es so, als

ob die Sachwerte einmal übers andere hypothetisch „belastet“ würden, damit sie nicht erfasst werden können. Die Goldanteile ist die Ursache dazu, daß der deutsche Besitz mit einigen allgemeinen Worten befaßt wurde. „Die Sicherheit der Zinsen und Rückzahlung der Anleihe ist reichsrechtlich gewährleistet durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.“

Die Rentenmark ist in einem komplizierten Gehäuse auf eine winzige Ede (3 Proz.) des Sachwertes gestellt. Ihre Verwaltung und ihre Sicherheiten, damit sogar die Erträge ihrer Bank, liegen in den Händen der „Belasteten“. Es kann deswegen gesagt werden, daß im besonderen die Sachwerte klar und frei zur eigentlichen Besteuerung bereit liegen. Jedermann wird aufatmen, auch die eigentlichen Beteiligten, wenn der Steuerveranlagungsschwindel mit seiner sich nur in der Papierindustrie und der Tintenerzeugung auswirkenden Formularliste verschwindet und durch gesunde Staatsbeteiligung an Besitz und Vermögen abgelöst wird. Dazu Reichserbrecht und progressive Grundrente, wie der Landwirtschaft angepaßte Besteuerung, dann ist der Weg frei zur Befreiung, soweit er überhaupt von Deutschland allein gewählt werden kann.

Zur Absetzung Zeigners.

Protest der thüringischen Staatsregierung.

Das thüringische Staatsministerium hat sich in einer Sitzung am 30. Oktober, also vor der Bildung der neuen sächsischen Regierung Felsisch, mit der durch das Vorgehen der Reichsregierung in Sachen geschaffenen Lage beschäftigt und am gleichen Tage ein in dieser Sitzung beschlossenes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, welches folgenden Wortlaut hat:

„Die Reichsregierung hat die verfassungsmäßig zustande gekommene Regierung eines deutschen Landes abgesetzt. Den Grund für dieses Vorgehen bildet die Weigerung der sächsischen Regierung auf das Ultimatum des Herrn Reichskanzlers hin zurückzutreten und eine Neubildung der Regierung auf anderer Grundlage ohne Mitwirkung kommunistischer Mitglieder sofort herbeizuführen.“

Eine solche Forderung steht im offenen Widerspruch zur Reichsverfassung. Nach Artikel 17 der Reichsverfassung ist jede Regierung eines Landes verfassungsgemäß, die von einem demokratisch gewählten Landtage bestellt ist und dessen Vertrauen besitzt.

Das Vorgehen der Reichsregierung ist auch für das Land Thüringen unerträglich. Auch die thüringische Landesregierung ist unter Teilnahme kommunistischer Mitglieder gemäß den Bestimmungen der Reichs- und Landesverfassung gebildet. Sie beruht insofern auf der gleichen Grundlage wie die sächsische.

Wir legen daher vor aller Öffentlichkeit gegen den verfassungswidrigen Eingriff in die zur Aufrechterhaltung der republikanischen Freiheit gewährleisteten Rechte der Länder die schärfste Verwahrung ein und schließen uns der Forderung der sächsischen Landesregierung an, die von uns nach wie vor allein als verfassungsmäßige Regierung des Landes Sachen angesehen wird. Wir beantragen auch unsererseits die sofortige Einberufung einer Konferenz sämtlicher Ministerpräsidenten der deutschen Länder zur Besprechung dieser für das verfassungsmäßige Eigenleben der Länder entscheidend wichtigen Frage.

Wir werden in dieser Besprechung die sofortige Rückgängigmachung der gegen die sächsische Regierung ergriffenen Maßnahmen fordern.

Zeltungsoverholte überall. Durch einen Erlass des Militärbefehlshabers wurde die in Bremen erscheinende deutsch-nationale Norddeutsche Rundschau vom 31. Oktober bis zum 6. November verboten. Das Verbot stützt sich allgemein auf den Inhalt der Nummer vom 24. Oktober, nicht auf einen bestimmten Artikel. Das Wehrtruppenkommando II in Steinfurt hat die sozialistischen Blätter in Kassel, Flensburg und Rugheden sowie die deutsch-nationale „Rauenburger Zeitung“ und die „Stargarder Zeitung“ verboten. Nach einer Verfügung des Militärbefehlshabers des V. Wehrkreises vom 24. Oktober d. J. sollen Verleiher von „Flugblättern heftigen Inhalts“, sowie solche Personen, welche im Besitze einer größeren Menge von solchen Flugblättern betroffen werden, in Schutzhaft genommen werden, falls nicht schon gerichtlicher Haftbefehl gegen sie erlassen worden ist.

Abschied vom Geldsack.

Von Paul Badan.

In scharfem Trab und schnellem Tempo waren wir Millionäre und Milliarden geworden, und in raschem Aufstieg standen wir vor dem Billionär und Trillionär.

Und immer noch schwoll der Geldstrom und wurde so rasend, daß viele händeringend um Hilfe riefen und, da keine Rettung möglich war, von der machtloosen Flut fortgerissen wurden und ertranken. Amerika hat man uns vor vielen Jahren bereits als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten aufgezeigt — ach, wir sind längst das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten — und uns erzählt, daß in Amerika die Könige und Kaiser des Kapitals leben.

Die Gould und Rockefeller, die Morgan und Astor, die Carnegie und Vanderbilt, und fromme Seelen unter uns beketen jeden Abend im stillen Kämmerlein: Wieder Gott, beschütze mich doch ein ganz kleines Stück von diesem Glück.

(Wahrhaft religiöse Menschen sind immer bescheiden und — nicht zugleich.)

Als der Geldstrom bei uns so groß und gewaltig war, lachten wir über diese Kaiser und Könige des Kapitals, wie über alle Kaiser und Könige lachen.

Bei uns war jeder Bettler mehrerer Millionär, und wir alle konnten uns als finanzgeschichtliche Anomalitäten im Panoptikum eines jeden Staates mit Edelvaluta — so sagt man ja wohl zu dem süßen Ding — leben lassen.

Und nun soll es mit der Geldflut und der Freude an den Massen des Geldes vorbei sein.

Jetzt heißt es Abschied nehmen vom Geldsack und von der lächerlichen, behäbigen Geldtasche. Jetzt soll man wieder zurückkehren zu dem Portemonnaie, Klein und bescheiden.

Das bedeutet die neue Währung, die Rentenmark und die Festmark.

Schuld an dem Schwinden der Millionäre und Milliarden haben natürlich die verdammten Margisten.

Früher sogte und sang man: Gott strafe England! und heute heißt es: Gott strafe die Margisten!

Im Prinzip ist es dasselbe, weil es denselben Witzsinn bedeutet. Aber dieser Witzsinn ist wertlos, was man von der neuen Währung leider noch nicht behaupten kann.

Alles wird abgebaut.

Das Wort des griechischen Philosophen Heraklit: „Alles ist im Fluß“ lautet in der neuen für Deutschland gültigen Fassung: „Alles wird abgebaut.“ Der Abbau auf allen Gebieten vollzieht sich aber unter dem Schlagwort „Wiederaufbau“. Das ist das Wertwunder bei diesem Vorgange und macht die Tragik des Abbaues zur Tragikomödie.

Steuerermäßigung und Markverfall.

Das Reichsfinanzministerium hat jochen die Verdienstfälligungszahl festgesetzt, die zur Berechnung der steuerfreien Ermäßigungsbeträge beim Lohnabzug in der Woche vom 4. bis 10. November notwendig ist. Auf Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist auch diesmal wieder eine besonders starke Erhöhung des Multiplikators erfolgt, mit der nach dem alten Verfahren nicht zu rechnen gewesen wäre. Die neue Verdienstfälligungszahl beträgt 15 000, und die damit zu erreichenden Ermäßigungsbeträge sind so hoch, daß in der kommenden Woche Löhne unter 600 Milliarden für Verheiratete ganz steuerfrei, Löhne über eine Billion aber noch nicht mit 5 Proz. belastet werden. Im einzelnen bleiben in der kommenden Woche folgende Einkommensbeträge steuerfrei:

Existenzminimum für Mann und Frau je 25 920 Millionen für jedes minderjährige Kind . . . 172 800 zur Abgeltung der Werbungskosten . . . 216 000

Für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei minderjährigen Kindern beträgt daher in der kommenden Woche das steuerfreie Einkommen 613 440 Millionen Mark.

Die Errechnung der Lohnsteuer bei einer viertöpfigen Familie ist in der kommenden Woche wie folgt vorzunehmen:

1. Angenommen, ein Holzarbeiter verdient in der Woche vom 4. bis 10. November 1 000 000 Millionen Mark. Die Errechnung seines Steuerabzuges ergibt dann:

Der 10 prozentige Abzug beträgt . . .	100 000 Millionen M.
Davon gehen folgende Ermäßigungen ab:	
Existenzminimum für Mann und Frau auf zweimal 2 592 Mill. M. =	5 184 Mill.
für zwei minderjähr. Kinder zweimal 17 280 Mill. M. =	34 560
zur Abgeltung der Werbungskosten . . .	21 600
zusammen	61 344
Es bleibt an Steuer zu zahlen:	88 656 Millionen M.

Die steuerliche Belastung beträgt somit 8,9 Proz.

2. Angenommen, ein Metallarbeiter von gleichem Familienstande verdient in der gleichen Woche 1 200 000 Millionen Mark. Er zahlt dann folgende Steuer:

10 prozentiger Abzug	120 000 Millionen M.
Ermäßigungen wie im Beispiel 1	61 344
An Lohnsteuer bleiben zu zahlen . . .	58 656 Millionen M.

oder 4,9 Proz. des Wochenlohnes.

Wie aus den Beispielen hervorgeht, wird auch in der kommenden Woche bei der angenommenen Lohnentwicklung die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung 5 Proz. nicht übersteigen.

Angeichts des gewaltigen Marksturzes sind die vorstehenden Sätze bereits wieder völlig unzulänglich geworden. Der Gefahr zu begegnen, daß der Lohnabzug in der nächsten Woche wiederum bis zu fast 10 Proz. ansteigt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion deshalb sofort Vorstellungen bei dem Finanzministerium erhoben, damit die für die nächste Woche angeordneten Ermäßigungen verdoppelt werden. Eine Entscheidung darüber wird im Laufe des heutigen Tages getroffen werden.

Die Sonderbündler im Rheinland.

Die Lage im Rheinland ist noch immer ungeklärt. Zum Teil wird um die Nacht mit wachsendem Eifer gekämpft. So in Aachen, wo augenblicklich die Schutzpolizei noch die Oberhand hat, aber starke Angriffe der Sonderbündler im Gange sind, so daß sich die Lage bald ändern kann. Aus anderen Städten wie Düren werden Terrorakte der Sonderbündler gemeldet, die sich größtenteils aus unfauberen Elementen und Verbrechern zusammensetzen. Die Erbitterung der Bevölkerung hat an einzelnen Orten neuerdings wieder zu Verfolgungen der Sonderbündler geführt. Aus Mainz wird gemeldet, daß bei dieser Gelegenheit mehrere Sonderbündler umgekommen sind; der bekannte Separatistenführer Roth wurde lebensgefährlich verletzt.

Sehr übel macht es sich bemerkbar, daß allenthalben durch die Eingriffe der Sonderbündler, die von Organisation und Verwaltung

Es wäre müßig, in den letzten Annalen der deutschen Geschichte zurückzublättern, um festzustellen, wo der Abbau eigentlich begonnen hat; denn weit wichtiger ist zu wissen, wo er einmal aufhören wird. Nehmen wir die Tageseinteilung, dann finden wir, daß wir früher einmal des Morgens wirklichen Kaffee aus Kaffeebohnen getrunken haben, mit Milch und mit Zucker; daß wir dazu weiße Brötchen hatten mit Butter — wenigstens nicht immer mit Margarine. Die Frühstückstullen waren belegt mit Butter oder Käse, mit Lachs oder Schinken, je nachdem. Zum Mittagessen gab es oft Fleisch, mitunter Schweinebraten, Karbonade und anderes, vielleicht sogar einmal Gänsebraten im Jahre, jedenfalls genug Kartoffeln. Um einer Anlage wegen Aufzierung zum Kaffeehaus zu begegnen, sei uns die weitere Schilderung des auf diesem Gebiete bisher vollzogenen „Wiederaufbaues“ erspart.

Da die Löhne und Gehälter so emsig und erfolgreich abgebaut wurden, daß sie kaum noch aus dem Nichts ihrer Zwölftausendhöhe in Goldwährung umgerechnet werden können, muß nach der Wiederaufbaulogik auch der bisherige Arbeiterschutz abgebaut und damit vor allem die Arbeitszeit verlängert werden. Denn die Arbeitszeit reicht zu lässlich achtstündiger Arbeit so wenig mehr aus, daß ein großer Teil der Arbeiter als Abgebauter umherirrt, ein anderer Teil als im Abbau begriffene Kurzarbeiter vegetiert und die noch in Arbeit stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamte in ständiger Furcht leben, mit auf die Abbauliste gesetzt zu werden. Textil- und Bekleidungsindustrie haben abgebaut, weil es an Unterwäsche, Bettwäsche und auch an Oberbekleidung fehlt, die Schuhindustrie wird abgebaut, weil fast kein Arbeiter mehr ein Paar Stiefel kaufen kann, und selbst die Händlungsindustrie, da sie kein Sohlenleder mehr kaufen können. Die Kartoffelieferungen werden abgebaut, damit sie durch Frost nicht etwa Schaden leiden, und allseits den Schnapsbrennereien zugeführt werden können. Der Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftenstand ist längst im Abbau begriffen, wie all das, was wir früher unter „Kultur“ verstanden. Die Beleuchtung ist abgebaut, und auch die Heizung wird in diesem Winter abgebaut werden. Nicht nur unser Partei- und Gewerkschaftsapparat wird abgebaut, nicht nur werden die Gemeindebetriebe in G. m. b. H. umgebaut, auch das Reich selber wird im Rheinland, in Bayern und Sachsen abgebaut verlegt. Selbst die Rotenpresse soll jetzt abgebaut werden, womit die letzte Phase des Abbaues eingeleitet wird.

Wir abgebauten Zeitgenossen aber haben das erhebende Bewußtsein, daß der ganze Abbau als „Wiederaufbau“ notwendig erscheint, und wenn wir erst vollständig abgebaut sind, ein Wiederaufbau beginnen muß — wenn er dann noch möglich ist.

Ein Shakespeare-Stück Shaws im Varieté. Das größte englische Varieté, das Londoner „Coliseum“, bringt jetzt in seinem bunten Programm zwischen Sängern, Tänzern und Komikern eine sonst an dieser Stelle ungewohnte Darbietung, nämlich ein kleines, geistvolles Stück von Bernhard Shaw „Die schwarze Dame der Sonette“. In diesem Zwischenspiel stellt der moderne Dichter John Galsworthy auf die Bühne, bringt ihn mit der Königin Elisabeth zusammen und beleuchtet auf seine Weise mit geistvollen Schlaglichtern jenes geheimnisvolle Erlebnis des „großen Will“.

nicht zu verstehen scheinen, das kommunale Leben flüglerlegt ist. Die Stadtverwaltung von Duisburg bezeichnet in einem Aufruf an die Bevölkerung als die Folge dieses Zustandes Not, Plünderung und Verzweiflung. Das Elend der Erwerbslosen, Notstands- und Kurzarbeiter, sowie der Sozialrentner sei außer Kontrolle geblieben. Die Sonderbündler geben neuerdings auch dazu über, öffentliche Gelder zu beschlagnahmen. Da das trotz der Aufgabe des passiven Widerstandes auch noch immer von französischer und belgischer Seite geschieht, werden Verwirrung und Not auch auf diese Weise gefördert.

Internationale Solidarität.

Hilfsaktionen für die Arbeiterchaft Deutschlands.

Angeichts der furchtbaren Notlage der arbeitenden Massen in Deutschland hat ebenso wie zur Zeit der Ruhrbewegung in verschiedenen Ländern eine Bewegung zugunsten der Unterstützung der notleidenden Bevölkerung Deutschlands eingesetzt. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschösterreichs hat gestern einen Aufruf veröffentlicht, in dem er zur weitgehenden Unterstützung der Klassenossen in Deutschland auffordert und die bisherigen Maßnahmen der Gewerkschaften und der Partei Deutschösterreichs darlegt. „Die Gewerkschaftskommission Österreichs — heißt es in dem Aufruf — hat schon vor einigen Wochen eine Hilfsaktion für das proletarische Deutschland organisiert. Jeder Zentralverein unserer Gewerkschaften ist mit seiner Bruderorganisation in Deutschland in Verbindung getreten und hat nach Kräften Unterstützung nach Deutschland geschickt. Ebenso hat sich der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie mit dem der deutschen in Verbindung gesetzt. Diese solidarische Hilfsaktion wird in denselben Formen wie bisher weitergeführt werden. Die Hilfe soll nicht geleistet werden durch große Worte, sondern, innerhalb der Grenzen unserer Möglichkeiten, durch wirksame Tat. Daher haben unsere Organisationen bisher auch in der Öffentlichkeit über das, was sie leisten, nicht gesprochen.“

Gleichzeitig veröffentlicht auch Partei und Gewerkschaften in der Tschechoslowakei einen Aufruf, in dem sie das Treiben der deutschen Konterrevolution brandmarken und auf die furchtbare politische und wirtschaftliche Not in Deutschland hinweisen. Es sei in diesen Tagen der Not unbedingte Pflicht, dem Proletariat Deutschlands zu helfen.

„Unsere Organisationen und Gewerkschaften sind bereits daran, den schwer heimgekehrten Klassenossen und Genossinnen in Deutschland beizustehen. Die im Deutschen Gewerkschaftsbunde der Tschechoslowakei vereinigten Verbände haben ihren Bruderverbänden bereits Hilfe zugesichert und geleistet. Das gleiche hat die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei unseres Landes getan. In den nächsten Tagen werden die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen die notwendigen Vor schläge erhalten, auf welche Art die fernere Unterstützung unserer deutschen Bruderorganisationen zu organisieren ist.“

Boll tiefer Genugtuung vernimmt die deutsche Arbeiterklasse die Stimmen der Freunde und Klassenossen aus den anderen Ländern. Diese Kundgebungen und Aktionen werden ihr Mut und Ausdauer einflößen in den schweren Kämpfen, die sie jetzt zu führen hat.

Amerikanisches Hilfswerk für Deutschland.

New York, 2. November. (WIB.) Wie aus Washington berichtet wird, überreichte Hoover dem Generalmajor Allen ein Schreiben, worin die Notwendigkeit eines Hilfswerkes für Deutschland erläutert und der Vorschlag der amerikanischen Gesellschaft der Freunde, das Werk zu übernehmen, gutgeheißen wird. Das Schreiben betont, daß in erster Reihe die Kinder zwischen den Rumpfsteinen der internationalen Streitigkeiten zerrieben werden. Wer auch immer die Schuld an diesen Zuständen tragen möge, auf keinen Fall seien es die hungernben Menschen.

Das Krupp-Abkommen unterzeichnet.

Paris, 2. November. (WIB.) Wie die Morgenblätter berichten, ist das Abkommen zwischen den Kruppwerken und der französischen Ingenieurmission gestern abend unterzeichnet worden.

das in seinen Sonetten unsterbliche Gestalt gewonnen hat. Es ist Shaw gelungen, Menschen voll Geist und Blut auf die Bühne zu stellen, wenn es auch freilich nicht gerade die geschichtlichen Momente vor 300 Jahren sind. Durch diese Verlegung der Handlung, wie sie sich in seinem Kopf spiegelt, in die Vergangenheit, erhält er zudem den Vorteil, daß es ihm leicht wird, die Zukunft zu prophezeien und auf den Welttrüben des Schauspielers hinzudeuten, von dem damals noch niemand eine Ahnung hatte.

Der Versuch, dem englischen Varietépublikum eine so wertvolle Kost zu bieten, glückte vollkommen. Man hatte das Stück zwischen Raffini und Wagner gelegt, die vom Orchester als Vorspiel und Abschluss vorgelesen wurden. So war das kleine Drama der allzunahen Nachbarschaft der Soubretten und Tänzerinnen etwas entrückt. Das Publikum amüsierte sich vortrefflich und belachte besonders die Anspielungen auf die Gegenwart, die diesem Ausschnitt aus der Geschichte ein aktuelles Interesse verliehen.

Eine spiritistische Forschungsreise. Der Sekretäre der Kommission amerikanischer Gelehrter, die sich die Aufgabe gestellt hat, die spiritistischen Erscheinungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, J. W. M. Birch, hat jochen ein Buch unter dem Titel „Meine spiritistischen Abenteuer“ veröffentlicht. Wird ist zugleich Redakteur der Zeitschrift „Scientific American“, die hohe Preise für diejenigen Medien ausgelegt hat, deren Leistungen der Prüfung von Sots-wendigen standhalten. Birch hat eine Forschungsreise durch die wichtigsten spiritistischen Zentren Europas unternommen, wurde von Conan Doyle in die englischen Spiritistenkreise eingeführt und hat Sitzungen mit den besten Medien in Frankreich, in Preußen und Bayern beigewohnt. Er ist von dieser Forschungsreise imbesehrt und unbeschert heimgekommen und sagt seine Erfahrungen dahin zusammen, daß er nirgends etwas gefunden habe, „was auch nur im Geringsten dafür spricht, daß irgendeine Beziehung zwischen den Abgebildeten und den Lebenden besteht und daß von den Medien irgendwelche „Wunder“ verrichtet werden“. Er behauptet, daß es keine telegraphischen Erscheinungen gibt und daß die Medien nur geschickte Taktenspieler sind. Auch die neuesten Manifestationen der Frau Josie Stewart, die den Preis von 2000 Dollar des „Scientific American“ erringen wollte, seien nichts weiter als Schwindel.

Opern wieder aufgebaut! Das im Weltkrieg so viel genannte Opern, das bei den heftigen Kämpfen an der Pfir durch die heiderseitigen Beschreibungen zerlöst wurde, ist inzwischen wieder aufgebaut worden. In den letzten vier Jahren sind mehr als 100 000 Arbeiter damit beschäftigt gewesen, die Stadt wieder aufzubauen. Es wurden etwa 7000 Wohnhäuser neu errichtet und im Gegensatz zu früher mit allen technischen Neuerungen versehen, so daß jetzt die Wohnbedürfnisse viel besser befriedigt sind als ehemals. Von den im späten Renaissancestil errichteten berühmten Luchhallen, die auch dem Krieg anheimgefallen waren, sind nur mehr die Ruinen erhalten, die ausgebaut wurden und als Denkmäler stehen bleiben. Die daran anschließende, im selben Stil erbaute Jakobskirche, von der nur mehr das Portal übrig geblieben war, ist ebenfalls neu erstanden.

Eine Festaufführung von Beethovens „Fidelio“ findet als Wohltätigkeitsveranstaltung des Vereins „Berliner Presse“ am Sonnabend in der „Großen Volkshalle“ unter Mitwirkung erster künstlerischer Kräfte statt.

Ist das Beamtenabbau?

Die Reichsregierung hält bekanntlich den Beamtenabbau für eines der wichtigsten Erfordernisse im allgemeinen Sparmaßnahmenprogramm. Sie hat bereits eine umfangreiche Verordnung über den Beamtenabbau erlassen, in der sich auch eine Vorfrist über die Beförderungssperre befindet. Wie wir nun aus zuverlässiger Quelle hören, besteht die Absicht, eine Reihe von höheren Beamten im Reichsfinanzministerium, im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsministerium des Auswärtigen schleunigst in noch höhere Stellen zu befördern. Unter ihnen befindet sich u. a. der bekannte Ministerialdirektor von Schlieben im Finanzministerium, der zufällig noch zum Staatssekretär aufrücken soll. Schlieben ist bekanntlich der Vertreter des Ministeriums bei Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen. Im Auswärtigen Amt soll — auch das ist wohl nur ein Zufall — u. a. der Personaldirektor die Treppe hinauffallen.

Verbraucher und Landwirtschaft.

Reichs Ernährungsminister Graf Ranig wendet sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem er die Behauptung, die Landwirtschaft oder die landwirtschaftlichen Organisationen propagierten den Verbraucher zurückweist. In dem Aufruf heißt es:

„Der Landwirt will gern liefern, wenn nur ein einigermaßen normaler Zahlungsverkehr in Gang kommt. Trotz des bisherigen Fehlens ausreichender vorhandener wertbeständiger Zahlungsmittel wird immer noch geliefert, vor allem Kartoffeln und Getreide. Da jedoch des weiteren ein halbwegs wertbeständiger Giroverkehr seit einigen Wochen nicht mehr existiert, ist es trotz besten Willens sowohl für den Produzenten als auch für den Produzentenhandel rein technisch sehr schwer, überhaupt Abflüsse zu tätigen. Sobald wertbeständige Zahlungsmittel (Wertzeichen) in ausreichender Menge vorhanden sein werden, und soweit vor allem ein normaler Giroverkehr wieder in Gang kommt, dürften aller Voraussicht nach die Hemmnisse auf dem Lebensmittelmarkt behoben werden.“

Der Ernährungsminister warnt vor einer ungeschickten Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse und vor ungerechten Angriffen, die lediglich die Gegensätze zwischen Verbrauchern und Erzeugern verschärfen.

Englische Note an Amerika.

London, 2. November. (WLB.) Reuter erfährt: Die britische Regierung hat in Paris, Brüssel und Rom drei gleichlautende Noten überreicht, die den Entwurf einer Note an Amerika enthalten, worin dies eingeladen wird, Sachverständige für einen Ausschuss zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu entsenden.

Reuter meldet aus Washington, die Ernennung amerikanischer Mitglieder für den Untersuchungsausschuss für die Reparationsfrage ist noch nicht in Erwägung gezogen worden, aber es herrscht der Eindruck, daß die Regierung möglicherweise drei Mitglieder verlangen wird. Bei der Auswahl soll verschiedenen Interessen Rechnung getragen werden. Gleichzeitig soll die Wahl in der Weise erfolgen, daß keine Befürchtung wegen einer Verwicklung Amerikas in Angelegenheiten des Völkerbundes zu bestehen braucht. Der Wunsch Poincarés, den Spielraum der vorgeschlagenen Reparationskommission zu beschränken, habe in amerikanischen Kreisen Unruhe hervorgerufen. Solche Beschränkungen seien nicht in Übereinstimmung mit den Anregungen des Staatssekretärs Hughes. Die Verhandlungen würden aufs Spiel gesetzt, wenn Frankreich sich bemühe, eine vollständige Untersuchung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu verhindern.

Wie Reuter erfährt, haben über den geplanten Sachverständigenausschuss zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands weitere Unterhandlungen zwischen der Washingtoner Regierung und den Vertretern der alliierten Nationen stattgefunden.

London, 2. November. (WLB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Man sei in britischen Kreisen der Ansicht, daß Poincarés Ersuchen, das Wort „augenblicklich“ vor die Worte „Zahlungsfähigkeit Deutschlands“ zu setzen, nach der Auffassung britischer Kreise von Bedeutung sei. Dieses Ersuchen werde von dem britischen Ministerium erwogen, da es nicht nur eine Beschränkung des Umfangs der geplanten Untersuchung bedeuten würde, sondern auch gelesen werden müsse in Verbindungen mit Bemerkungen Poincarés in seiner Septembernote, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit augenblicklich so gut wie null ist.

Arbeiterpartei gegen Schutzoll.

London, 2. November. (WLB.) Eine Versammlung des Allgemeinen Rates des Gewerkschaftsverbandes und der Arbeiterpartei hat heute eine Entschließung angenommen, in der zum Widerstand bis zum äußersten gegen die Schutzollpolitik der Regierung aufgefordert wird. In einer Rede sagte Ramsay MacDonald, daß die Schutzollpolitik Baldwin kein Heilmittel für die Arbeitslosigkeit sei, sondern eine Methode, die Aufmerksamkeit der Arbeiter abzulenken. MacDonald sagte weiter, die Protektionspolitik werde die Schwierigkeiten, die durch die ungeheure Arbeitslosigkeit entstehen, noch vermehren. Er beschuldigte die britische Politik, daß sie angesichts des Chaos in Europa nur Schweigen und Unsicherheit gezeigt habe. Der Arbeiterführer Henderson sagte in einer Rede, angesichts der Tatsache, daß es zu Weihnachten beinahe zwei Millionen Arbeitslose geben werde, sei es überflüssig, von einer Schutzollpolitik zur Hebung der Arbeitslosigkeit zu sprechen.

Die Jagd nach Goldanleihe.

4,20 Mr. — 615 Milliarden.

Die wilde Spekulation am Goldanleihemarkt nahm heute ihren Fortgang. Der Reichsbank wird diese Anleihe zu den niedrigsten amtlichen Kursen aus den Händen gerissen. Für 300 Millionen Goldmark hat man der Spekulation bereits in den Tagen vorverkauft. Der weitaus größte Teil der Stücke wandert in die Hamsterkästen und Kessels der Banken. Für den allgemeinen Zahlungsverkehr kommen sie nicht in Betracht, so lange die Mark in bisherigen Tempo weiter fällt. Heute gab natürlich die weiter bestehende Gefahr einer Kabinettstürze und die letzte im unerschöpflichen Sinne gehaltene Rede Poincarés den Grundton für eine außerordentlich pessimistische Beurteilung der innen- und außenpolitischen Lage. Die Goldanleihe, die zurzeit als Schrittmacher der Markentwertung und Instation gelten kann, sollte im freien Verkehr mit 300 Milliarden ein, hatte nach der ersten Viertelstunde den Kurs von 540 und nach einer weiteren Viertelstunde einen solchen von 615 Milliarden erreicht. Diese sprunghafte Steigerung gab das Signal zu einer ebenso stürmischen Aufwärtsbewegung der Effektenkurve.

Etwas vom Schönen.

Es ist kurz vor acht Uhr morgens. Auf den Straßen der Großstadt ein ununterbrochen fließender Strom von Menschen, die zur Arbeit eilen. Dazwischen auch bereits die Jugend auf ihrem Wege zur Schule. Das Leben des Verkehrs pulsiert in stärkstem Maße.

Auch ich im Begriff, meinen Arbeitsplatz wieder aufzusuchen. Beim Durchschreiten des noch im Halbdunkel dämmern den Hausflures erschreckt mich plötzlich das Weinen eines Kindes, dessen kleine Gestalt vor der Tür der Wohnung eines Reichsgewordenen auf der untersten Stufe der Treppe kauert. Mein Erschrecken mag wohl dem Kinde, einem Mädchen von etwa sechs Jahren, neuen Mut einflößen, denn es springt auf und hämmert mit seinen Füßchen gegen die Tür und drückt den Knopf der elektrischen Klingel so andauernd hinein, daß drinnen ein Höllengetöse anhebt. Auf meine Frage nach dem Grunde ihres Weinens und Benehmens die Antwort: „Ich komme zu spät in die Schule, wenn die faule Bonde nicht bald aufmacht.“ „Was hast du denn so wichtiges?“ „Ich bringe Ihnen doch die Brötchen hier!“ Dabei hebt sie einen wohlgefüllten Frühstückskorb hoch. „Und den muß ich Ihnen selbst abgeben, aber jeden Morgen muß ich sie erst lange aus dem Bette himmeln.“

Da öffnet sich endlich die Tür ein wenig, etwas Negligé leuchtet hindurch und eine Frauenstimme, der man die Schlaftrunkenheit noch recht anmerkt, entzückt sich: „Schämst du dich denn gar nicht, solchen Mühen zumachen?“ — Sie aber schämt sich nicht, von einem kleinen Kinde sich Weisegeduld bringen zu lassen, das dieses schon seit Jahren erdulden muß. Und sie schämt sich auch nicht, von einem kleinen Kinde, das schon seine Pflichten hat und erfüllt, zu einer Tageszeit, wo schaffende Arbeit bereits am Werte ist, sich aus ihrem Probenneß herauszuholen zu lassen.

Leberfälle auf der Straße.

Wild-West in Berlin.

In der Hensburger Straße wurde gestern, abends gegen 11 Uhr, der Kaufmann Max Weiß aus der Dorfstr. 5 überfallen und beraubt. Ein Mann von etwa 30 Jahren schlug ihn plötzlich zu Boden. Weiß wehrte sich und verfechtete dem Räuber, als er sich über ihn beugte, mehrere Fußtritte ins Gesicht. Bald darauf erhielt er im Ringkampf einen Stich durch die Schenke des rechten Beines. Dann raubte ihm der Wegelagerer die Brieftasche mit 10 englischen Pfunden, 8 Dollarschekenausweisungen und 30 Milliarden Papiergeld. Der Räuber hat von den Fußtritten wahrscheinlich Verletzungen im Gesicht und wird vielleicht irgendwo ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Auf seine Ergreifung ist eine wertbeständige Belohnung ausgesetzt. In der Gegend des Schönberger Stadtparks weilt eine jugendliche Bande, die sich die „Mafionne“ nennt, ihr Unwesen. Sie verübt nicht nur Leberfälle an der Straße, sondern raubt auch in Geschäften. Jetzt beraubte sie eine Frau aus der Schwalbacher Straße in Friedenau. Gegenüber dem Stadtpark stürzten sich acht junge Burschen auf sie. Als auf ihre Hilferufe ein Radfahrer herbeieilte, griffen die Burschen auch diesen an. Auf den Räder und die Hilferufe kamen mehrere Beamte des 115. Rekers hinzu. Jetzt koben die Burschen. Sie wurden verhaftet und es gelang, drei von ihnen festzunehmen. Die Gegend zwischen dem Moritzplatz und dem Halleischen Tor, die Bringenstraße nach der Hochbahn zu usw. wurde seit einiger Zeit von einer Bande unsicher gemacht, die es auf heimtückende Geschäftssteuere abgesehen hatte, namentlich aber Leute ausplünderte, die etwas angezuckelt waren. An ihrer Spitze standen ein Kurt Andes mit dem Spitznamen „Matrosenkurt“, ein bekannter Flederer Hans Kuprecht und ein Max Pohlowski, der von seinen Bestimmungsgenossen den Spitznamen „Geistmar“ erhalten hatte, weil er einmal bei einem Raubüberfall vor Angst Rebellischwaden für Weister gehalten hatte. In der vergangenen Nacht wurden die drei Führer festgenommen, als sie wieder einmal einem Fußgänger einige Devisen abgenommen hatten. Ein größerer Betrag wurde bei ihnen noch gefunden.

Wohnungstausch.

Unter welchen Voraussetzungen er gestattet ist.

Amlich wird mitgeteilt: Durch das neue Wohnungsmangelgesetz ist der Wohnungstausch unter folgenden Voraussetzungen grundsätzlich freigegeben: die Tauschparteien müssen im Besitze selbständiger bewohnter Wohnungen sein und entweder vor dem 1. Januar 1914 in Deutschland ihren Wohnsitz gehabt haben oder deutsche Flüchtlinge oder Vertriebene sein. Dem Tausch müssen die Vermieter schriftlich zugestimmt haben. Verweigert ein Vermieter die Zustimmung, so kann sie von dem Mieteingangsamt ersetzt werden. Die Tauschparteien haben zwar auch beim Vorliegen dieser Voraussetzungen noch die Genehmigung des Wohnungsamtes nachzusuchen. Dasselbe hat jedoch lediglich zu prüfen, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Ist dies der Fall, so muß es die Genehmigung erteilen. Erhalten die Tauschparteien innerhalb 14 Tagen von dem Wohnungsamt keinen Bescheid, so gilt die Genehmigung als erteilt. Das Wohnungsamt ist nicht mehr berechtigt, den Tausch mit der Begründung zu verweigern, daß bei Durchführung des Tausches eine Tauschpartei eine zu große Wohnung erhalten würde. Es bleibt jedoch berechtigt, nach Durchführung des Tausches etwa entbehrliche Räume zu beschlagnahmen, soweit eine Beschlagnahme nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften zulässig ist.

Die Not der Schuljugend.

Der Berliner Lehrerverein sah in Anbetracht der täglich wachsenden Not der Schuljugend in seiner letzten Versammlung folgende Entschließung: Der Berliner Lehrerverein macht die breite Öffentlichkeit auf die fürchterliche Not, unter welcher unsere Schuljugend in letzter Zeit in stark gesteigertem Maße leidet, aufmerksam. Tausende von Kindern sitzen bis Mittag in der Schule, ohne irgend etwas genossen zu haben. Der Hunger fällt eine erfolgreiche geistige Arbeit völlig aus. Der Berliner Lehrerverein ruft daher die Behörden und alle sozial arbeitenden Kreise der Bevölkerung auf, hier sofort helfend einzugreifen, damit die beginnende Hungersnot nicht mit der Jugend unseres Volkes Zukunft vernichtet. Der Berliner Lehrerverein ist bereit, mit aller Kraft an diesem Werke mitzuarbeiten.

Geschenke für den Zoo.

Dem Berliner Zoo sind in dieser Feiertagszeit, die ihm den Anlauf von Tieren so sehr erschwert, seltene Tiere als Geschenke doppelt willkommen. Ein wertvolle Verleiderung verdankt er dem Umstand, daß einer von seinen besten Wärtern einen Fortschritt auf einer großen Tierlangexpedition nach Afrika und Somalia begleitet hat. Als der Gelehrte Dr. Wageler im November v. J. die Reise antrat, ging mit ihm als sein Hauptgehilfe im Rang, im Transport und in der Pflege der Tiere der Raubtierwärter Dleson vom Berliner Zoo. Im Zoo wurde Dleson sehr vermisst, denn seine Tiere hatten sich an ihn wie an einen treuen Freund gewöhnt. Dafür konnte aber Dleson, als er im Herbst d. J. zurückkehrte, dem Zoo mehrere Tiere zuführen, die Dr. Wageler zum Dank als Geschenk überreichte. Dleson brachte einen fast ausgewachsenen Leoparden von schöner Zeichnung, eine Dromedarskute, die bald Nachwuchs liefern wird, ferner einen Flug wilder Goldandtauben, einige Rastornvögel, ein Paar Gelerupfhäner und ein Paar einer sehr seltenen Wildgansart, der Kaukasiengans.

Der Brotkandal beginnt wieder.

Kein Brot in den Bäckereien. — Mehlpresse verunfallt.

Mit dem unaufhaltsamen Marktturz, der auf dem Berliner Lebensmittelmarkt seit gestern einen Preisaustausch obnegleichen hervorgerufen hat, setzt auch prompt wieder der Brotkandal ein. Nirgends ist in den Berliner Bäckereien mehr Brot zu haben. Die begüterten Hamsterer, die ein feines Gefühl für das weitere Sinken der Mark hatten, kauften schleunigst auf, was irgend zu haben war. Es scheint, daß in den Bäckereien die Berliner Magistratsverordnung, daß Brot nur auf die Restabschnitte der Brotarten abgegeben werden soll, nicht mehr ernst genommen wird. Der Magistrat muß unter Zuhilfenahme der behördlichen Organe darauf dringen, daß dieser Zustand sich schleunigst ändert, bevor wir wieder auf den Stand vor vierzehn Tagen gelangen.

Ferner bedeutet die ungeheuerliche Preissteigerung für Mehl eine ernste Gefahr für die Brotversorgung nicht nur Berlins, sondern auch aller großen Städte und Landgemeinden. Während es gestern noch möglich war, gegen Dollarschekenausweisungen Mehl zum Preise von 350 bis 380 Milliarden zu kaufen, kostete diese Menge heute bereits 2 bis 3 Billionen. In Berlin liegen die Dinge so, daß die von der Reichsgetreidestelle zur Verfügung gestellten 6000 Tonnen Getreide nicht allzu lange mehr den laufenden Bedarf decken werden. Wir stehen also wieder wie neulich vor einer Katastrophe der Brotversorgung. Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin hat gestern 2 bis 300 Saek Mehl ins Lager austreten können, ein Quantum, das auch nicht entfernt den Bedarf zu decken vermag. Die Bäckereien waren, wie oben erwähnt, heute morgen zum großen Teil schon ausverkauft, und so begannen von neuem Plünderungen und Demolierungen von Geschäften, weil das Publikum, das durch die Hamsterer seines Anteils verlustig gegangen ist, vielfach der irrigen Meinung war, die Bäder hielten Ware zurück oder weigerten sich, zu kaufen. Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins teilt dagegen mit, daß keine Mitglieder solange kaufen werden, als sie Mehlvorräte besitzen oder erhalten. Die verantwortlichen Führer des Bäckergewerbes haben heute Unterredungen mit dem Reichs Ernährungsminister, mit der Reichsgetreidestelle und mit dem Oberbürgermeister Boeh, um zusammen mit den Behörden und amtlichen Stellen Maßnahmen gegen die Hausse auf dem Mehlmarkt zu beraten und um zu verhindern, daß eine erneute Brotknappheit mit ihren bedenklichen Folgen eintritt.

Auch die Preise für die übrigen Lebensmittel haben sich seit gestern nahezu verdoppelt. Besonders macht sich das auf dem Fettmarkt bemerkbar. Für Margarine wurden vormittags bis 32 Milliarden, für Butter bis 66, für Schmalz bis 40 Milliarden gezahlt. — Der Zustand ist jetzt nahezu erreicht, daß die Hausfrau für ihre Milliarden Papiergeld fast nichts mehr erhält. Es ist das Ende der Weisheit, denn alles, was an Goldanleihe in Leihgeschäften bisher ausgegeben wurde, ist spurlos aus dem Verkehr verschwunden und in die Hände der Börsenspekulanten und Großhändler gelangt.

Der Hauswart als Erpresser.

Ein eigenartiger Vorfall ereignete sich kürzlich im Hause Neutempelhof, Kaiserstraße 65. Ein Herr erkundigte sich bei dem Hauswart nach der Wohnung einer bestimmten Familie, für welche Auskunft 10 Milliarden verlangt wurden. Als die Summe in dieser Höhe verweigert wurde, versuchte der Hauswart sich des Valetots des Fragestellers zu bemächtigen und verbanderte ihn auch, das Haus zu verlassen. Unter dem Druck der Gewalt und der tödlichen Bedrohung wurde schließlich der Betrag gezahlt. Der Geschädigte ging zur Polizei, worauf ein Beamter sich in Begleitung des Geschädigten sofort zum Hauswart begab, jedoch die Zurückzahlung der Summe auch nicht erreichen konnte. Der Hauswart weigerte sich nun auch, den Beamten aus dem Hause herauszulassen. Gegen den Hauswart wird Strafantrag wegen Erpressung, Bedrohung und Freiheitsberaubung gestellt.

„Brot und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Böswillige Alarmierungen der Feuerwehr. Die Schönberger Feuerwehr wurde in letzter Zeit böswilligerweise alarmiert. Jetzt wurde der 21-jährige bei den Eltern in der Belziger Straße 20 wohnende Reiner Harry Besh festgenommen, als er die Feuerwehr unnötiger Weise alarmierte. Er wird sich nun wegen Sachbeschädigung usw. und Verübung groben Unfuges zu verantworten haben. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr abermals böswilliger Weise nach der Ecke der Bebersberger und Badenschen Straße in Wilmersdorf und dem Rüstiner Platz alarmiert. Diese Täter sind unerkannt entkommen.

Vom Dollartauel erfährt worden ist scheinbar ein 60 Jahre alter früherer Landwirt Karl v. Willig, der zuletzt in einem hiesigen erstklassigen Hotel als Portier tätig war. Als ihm von einem Ausländer 100 Dollar und 250 holländische Gulden zur Aufbewahrung übergeben wurden, verließ er seine Stellung und verschwand mit den Devisen.

Die Normaluhr kommt wieder. Noch im Laufe dieses Monats werden 18 Uhren in Betrieb genommen, bis Ende dieses Jahres soll diese Zahl auf 30 erhöht werden. Die alten Urania-Uhren-Gläser wurden bekanntlich vom Magistrat auf Abbruch verkauft, da die Stadt die hohen Unterhaltungskosten, die heute in die Billionen gingen, nicht mehr bezahlen konnte. Die neuen Uhren werden von der Normaluhren-Reklamengesellschaft G. m. b. H. betrieben, die vom Magistrat verpflichtet worden ist.

Die dreimilliardenfache Novembermiete. Den Ausführungen im gestrigen Abendblatt ist ein Druckfehler unterlaufen. In dem Absatz über die Vermaltungskosten muß es richtig heißen: ... haben die Mieter nur die Treppenreinigung übernommen (statt Treppenreinigung).

Im Stadtoerordnetenungsbericht ist infolge eines Verfehlers der die Debatte über den Rotarbeitsvertrag enthaltende Abschnitt verunstaltet worden. Ausgefallen ist der Anfang der Rede unseres Genossen Reimann, der die Anfeindung des nach langen Wägen zustande gekommenen Vertrages zurückwies und dann fortfuhr (wie im „Vorwärts“ wiedergegeben ist): „Grund und Zweck des Vertrages sei usw.“

Schweres Eisenbahnunglück in Danzig.

1 Toter, 8 Verletzte.

Wie erst heute verspätet von Dirschau aus gemeldet wird, ereignete sich am Mittwoch abend zwischen 9 und 10 Uhr auf dem großen Dirschauer Rangierbahnhof ein Eisenbahnunglück, bei dem eine Person getötet und acht Personen teils schwere, teils leichte Verletzungen erlitten. — Ueber das Unheil werden folgende Einzelheiten gemeldet: Der auf der Strecke Bromberg-Dirschau fahrbahnmäßig verkehrende Güterzug aus Richtung Bromberg lief kurz nach 9 Uhr auf dem Dirschauer Rangierbahnhof ein. Um diese Zeit verkehrte regelmäßig ein Pendelzug zwischen dem Rangierbahnhof und der Bahnhofsstation Dirschau. Kurz vor der Abfahrt des Pendelzuges war der Güterzug in den Rangierbahnhof eingelaufen. Widerrechtlich hatte ein Beamter des Stellwerkes, der inzwischen abgelöst worden war, für den Pendelzug das Ausschreitungsrecht gegeben. Der Pendelzug mußte über das Gleis des inzwischen zum Stehen gekommenen Güterzuges. Hierbei ereignete sich dann der Zusammenstoß.

Eine Kältemeile. Das Observatorium in Tulloms (Südland) meldet, daß eine große Kältemeile sich Nordost- und Mittel-europa nähert. Im Biagomewschtschen ist der erste Schnee gefallen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Strafbestimmungen.

Im § 11 des Gesetzes über die Arbeitszeit heißt es: „Wer den Vorschriften dieses Gesetzes... zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bestraft.“

Diese Bestimmung richtet sich gegen Arbeitgeber, die noch über die zulässigen Ausnahmen hinaus Mehrarbeit vornehmen lassen. Über die Formulierung ist so gehalten, daß sie mit einigem guten Willen im umgekehrten Sinne interpretiert werden könnte.

Auch in der Begründung ist kein Wort enthalten, das darüber volle Klarheit bringen würde. Es heißt so:

Die Strafvorschriften beziehen sich nummehr in gleicher Weise auf die in Kraft gebliebenen Bestimmungen der Demobilmachungsvorordnungen, auf die Vorschriften dieses Gesetzes und auf die daraufhin erlassenen Anordnungen. Nach den Vorschriften des Gesetzes kann der Reichsarbeitsminister (§ 2) jederzeit — soweit kein Tarifvertrag besteht, der darüber etwas enthält — eine Ueberschreitung des Achtstundentages anordnen. Außerdem kann jeder Arbeitgeber (§ 3) an 30 Tagen im Jahre aus eigener Machtvollkommenheit täglich zwei Stunden Mehrarbeit anordnen. Weiter kann (§ 4) für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit während des ganzen Jahres um eine bzw. zwei Stunden verlängert werden. Auch die oberste Landesbehörde kann (§ 5) Ueberschreitungen des Achtstundentages anordnen und Tarifverträge, die solche Ueberschreitungen enthalten, für allgemeinerbindlich erklären. Wenn es also der bayerischen oder einer ähnlichen Regierung gefällt, kann sie „ausnahmsweise“ den Zehnstundentag dekretieren oder einen „Tarifvertrag“ mit einem solchen Organisationsführer für allgemeinerbindlich erklären. Ebenso können die Gewerbeaufsichtsbeamten eine Ueberschreitung des Achtstundentages zulassen.

Man braucht nicht sonderlich mißtrauisch zu sein, um die Möglichkeit einer mißbräuchlichen Anwendung dieser Bestimmungen zuzugeden. Es versteht sich von selbst, daß sowohl die Arbeiter in den Betrieben wie die Gewerkschaften sich gegen solche Anordnungen wehren werden, wie überhaupt gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit, die nicht unbedingt erforderlich ist. Die Gewerkschaften werden darüber hinaus für eine volkswirtschaftlich und technisch mögliche weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.

Was aber bestimmt der § 11 des Gesetzes über die Arbeitszeit? Es wird bestraft, wer den Vorschriften dieses Gesetzes oder den daraufhin erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Wir haben leider mit unserer Justiz in der Vergangenheit wie in der Gegenwart Erfahrungen gemacht, die uns veranlassen, stärkstes Mißtrauen gegenüber den Interpretierungsmöglichkeiten durch weisse oder offen reaktionäre Richter zu hegen. Und deshalb ist es unbedingt erforderlich, den § 11 so zu formulieren, daß jeder Zweifel und jede Interpretierungsmöglichkeit, die sich gegen die Aktion der Gewerkschaften richten kann, von vornherein unterbunden wird. Der Text des § 11 ist derart, daß man nach amerikanischem Muster — wie erinnern wir uns an das Laff-Pole-Urteil in England — die gesamte Aktion der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich machen könnte. Das ist gewiß nicht die Absicht. Deshalb muß es klipp und klar ausgesprochen werden.

Kampf um die Goldlöhne.

Die AFA-Funktionäre der Metallindustrie zum Schiedsgericht.

Die AFA-Funktionäre der Metallindustrie nahmen, wie wir bereits im Morgenblatt berichteten, den am Donnerstag gefällten Schiedspruch, der die Oktobergehälter endgültig festsetzt, in überhöflicher Verfassung an. Ueber den Bericht Günthers ist noch folgendes zu berichten: In langwierigen Vorverhandlungen lehnten die Unternehmer die Forderung nach Goldlöhnen rundweg ab. Der Hinweis der AFA-Vertreter, daß das September-Bruttogehalt nur 53,52 Goldmark betragen hätte und demzufolge die Absicht der Angestellten, ihre Gehälter wenigstens einigermaßen an die Preissteigerungen heranzubringen, nicht unbeschwerden genannt werden kann, veranlaßte Herrn Justizrat Waldschmidt vom BMD, zu der Aufforderung an die Angestelltenvertreter, dahin zu wirken, daß die Angestellten ihre Lebenshaltung entsprechend einschränken sollten. Rechtsanwalt Oppenheimer konnte sich im weiteren Verlauf der Verhandlung die Festsetzung des Oktobergehälts gar nicht so schwierig vorstellen, da ja, nach seiner Meinung, der meistaus größte Teil der Gehälter bereits in Gestalt von allen möglichen Vorschüssen zur Auszahlung gelangt sei. Diese Mittelungen wurden von der Versammlung mit Zwischenrufen begleitet, die für die BMD-Herren nicht gerade schmeicheltun.

Selbst die Forderung nach Gehaltszahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln lehnten die Unternehmer ebenso wie das Schiedsgericht ab. Die Angestelltenvertreter waren in der Lage, den Unternehmern zu beweisen, daß neben der anerkannten Zahlungsmittelknappheit auch bei ihnen eine Reizung dazu besteht. In einem „Mittagsbericht 69“ beistellten Rundschreiben des BMD empfehlen die Arbeitgeber ihren Leuten, nur für den Fall, daß Papiergeld nicht in genügender Menge vorhanden ist, wertbeständiges Geld auszugeben. Wertvoll war noch die Mitteilung Günthers, daß selbst Herr Oppenheimer die Notlage der Angestellten anerkennen mußte. Veranlassung dazu bot ihm die Tatsache, daß Angestellte deshalb der Arbeit ferngeblieben sind, weil sie kein Geld für Brot und zur Fahrt zur Arbeitsstelle hatten. Herr Waldschmidt erklärte allerdings diese Einsicht Oppenheimers als dessen „Privatmeinung“.

Nach eingehender Diskussion wurde dann dem Schiedspruch zugestimmt, gleichzeitig aber auch in folgender Entschlieung der Wäre bekundet, für die Erringung von Goldlöhnen eine Kampfbasis breiterer Grundlände zu schaffen:

„Die AFA-Funktionär-Versammlung fordert die Hauptvorstände der einzelnen AFA-Organisationen auf, sofort alle Vorbereitungen zu

einer Gesamtkonferenz aller Angestellten Groß-Berlins zu treffen mit dem Ziel, folgende Forderungen mit Wirkung ab 1. November durchzuführen:

1. Festsetzung der Gehälter in Goldmark.
2. Auszahlung der Beträge in wertbeständigen Zahlungsmitteln. Sollten in der Uebergangszeit wertbeständige Zahlungsmittel in den erforderlichen Mengen nicht zu beschaffen bzw. vorhanden sein, so müssen die Zahlungen zum Teil wertbeständig, der Rest in Papiermarkenbeträgen zum Goldmarkkurs des Tages vor der Auszahlung erfolgen.

Um die nach den bisher gesammelten Verhandlungserfahrungen wahrscheinlich unvermeidliche Streikaktion auf breiterer Grundlände durchzuführen zu können, werden die Hauptvorstände aufgefordert, auch mit den Angestelltenorganisationen der anderen Richtungen Verhandlungen im angezeigten Sinne aufzunehmen.

Das AFA-Ortskartell wird ersucht, eine gemeinsame Zusammenkunft der Tarifkommissionen aller Branchen und Gruppen in der ersten Rosenberwoche zu arrangieren.

Zur Begründung der aufgestellten Forderungen beschränken sich die Funktionäre auf die Feststellung, daß die gesamte deutsche Industrie und der Handel seit Monaten die Preisfestsetzung nach Goldmark vornimmt und neuerdings Staat und Kommune als Beförderer diverser Monopole für ihre sämtlichen Lieferungen und Leistungen ebenfalls Bezahlung in Goldmark verlangen.“

Lohnvereinbarung der Zimmerer.

Die Verhandlung am Donnerstag konnte nicht mehr auf Grund des zentralen Abkommens abgeschlossen werden, da eine Verlängerung durch die Epigen über den 31. Oktober hinaus nicht zustandekommen ist. Die Arbeitgeber wollen jedoch ihren Mitgliedern empfehlen, daß sie in aller Eile zur Goldlohnzahlung übergehen. Weitere Verhandlungen finden hierüber am Montag statt. Es wurde dann für das Wohngebiet Groß-Berlin, Potsdam, Spandau, Bellen, Dramenburg und Köpenickerhagen folgendes vereinbart: Der Lohn für Zimmerer beträgt für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November 14 Milliarden, die Wertgegenstandsbewertung 210 Millionen; der Lohn für Polier 757 008 Millionen, für Ueberstunden 20 736 Millionen, für Nacharbeit 24 690 Millionen. Wo vorher ein höherer Lohn gezahlt wurde, werden auf den bestehenden Lohn 100 Proz. aufgerechnet. Die Lehrlingsentschädigung ist wie folgt festgesetzt:

Gruppe A	Wertgegenst.	Gruppe B	Wertgegenst.
1. Sechshalb. 1,4 Million.	21	2.1 Million.	31,5 Million.
2. „ 2,1 „	31,5	2,8 „	42
3. „ 2,8 „	42	3,5 „	52,5
4. „ 3,5 „	52,5	4,2 „	63
5. „ 4,2 „	63	4,9 „	73,5
6. „ 4,9 „	73,5	5,6 „	84
7. „ 5,6 „	84	6,3 „	94,5
8. „ 6,3 „	94,5	7 „	105

Der Beitrag beträgt für die 44. Beitragswoche 14,5 Milliarden. Es wird besonders auf die am Sonnabend stattfindenden Bezirksversammlungen hingewiesen.

Soziale Fürsorge der Firma Rudolph Herzog.

Wie uns mitgeteilt wird, gewährt die Firma Rudolph Herzog arbeitsunfähigen gewordenen Arbeitern ihres Betriebes eine „soziale Weibhilfe“. Ein bei der Firma 23 Jahre beschäftigt gewesener Fabrikführer erhielt Anfang Juli einen Betrag von 884 Papiermark! Um keine Forderungen aufkommen zu lassen, muß bemerkt werden, daß dieser Betrag nicht etwa für den Tag, sondern für den Zeitraum von einem Monat gewährt wurde! Auf dem Postschliff ist ausdrücklich bemerkt, daß die zuzuschende Pension infolge der hohen Postkosten nicht mehr monatlich, sondern für sechs Monate zur Auszahlung gelangt. Was der betreffende Arbeiter mit dieser Pension anfangen soll, hat die Firma zu bemerken unterlassen. In Parallele dazu kann höchstens gesetzt werden das Verhältnis der Firma gegenüber den Angestellten und Arbeitern ihres Betriebes. Die Firma beabsichtigt, wie uns mitgeteilt wird, zunächst 25 Proz. ihrer Angestellten und Arbeiter zu entlassen, weil der Betrieb nicht mehr tragfähig sei. Die Angestellten und Arbeiter stellen nummehr Petitionen darüber an, wie es möglich ist, daß Inhaber der Firma trotz dieser Katastrophe des Unternehmens sich eine Anzahl Autos, Motorboote und ähnliche Annehmlichkeiten leisten können. Sie bestimmen das notwendige Verständnis der Firmenleitung für die außerordentlich schwierige Lage der Arbeitnehmer des Betriebes. Auch in guten Zeiten hat die Firma es nicht für notwendig gehalten, angesichts der mageren Entlohnung der Angestellten im Einzelhandel über die tarifmäßigen Löhne hinaus zu bezahlen, was andere einschläßlichere Firmen getan haben.

Für Angestellte in der Margarine-Industrie ist die Schlüsselzahl am 1. November 10 450 Milliarden. Im Butterhandel erfolgt eine Kontozahlung von 150 Septemberegehältern. Der Schlichtungsausschuß ist wegen Regelung des endgültigen Oktobergehälts angerufen. In den Brauereien werden weitere 100 Septemberegehälter Konto gezahlt. Schlichtungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Lohnregelung im Bergbau. Für die Lohnwoche vom 29. Oktober bis 5. November wurden die Löhne in den Kohlenbergbaubezirken, ausgenommen Mitteldeutschland und Bayern, durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgesetzt. Der gefällte Schiedspruch sieht eine Lohnhöhung von 200 Prozent vor. Danach beträgt der Durchschnittslohn einschließlich des Hausstands- und Kindergebeldes im Ruhrbezirk 147 646 845 000 Mark, im ober-schlesischen Steinkohlenbezirk 102 Milliarden Mark und im schlesischen Steinkohlenbezirk 93 Milliarden Mark je Schicht. Der Schiedspruch enthält ferner eine Bestimmung, die eine Aufwertung der Löhne in gewissem Umfang vorsieht. Ueber die Lohnregelung für den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk und den bayerischen Kohlenbezirk soll am 2. November verhandelt werden.

Zehnergesellschaft im VDB, Vorn-Berand Berlin (GDB). Wichtige Sitzung Sonnabend 7 Uhr. Tagesordnung: „Gez. Beamtenabbau und Gehälter“.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

141. WBL Rosenhöl. Sonnabend, den 2. Nov., 7 1/2 Uhr beim Gen. Feig Rosset, Rosenpflanzstr. 4, Funktionärsbesprechung.

Wirtschaft

Zahlungsmittel oder Spekulationsobjekt?

Die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches ist eingeführt worden, in der Absicht, damit zugleich ein provisorisches wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen. Diese Absicht ist infolge der an sich berechtigten Eingriffe der Reichsbank am Devisenmarkt in den letzten Tagen vollkommen illusorisch geworden. Nachdem man wieder Höchstpreise für den Dollar eingeführt hat, wird die Goldanleihe als Spekulationsobjekt behandelt. Sogar an der Börse mußte sie zugekauft werden, und in Bank- und Wechselgeschäften, die sonst wertbeständige Anleihe über den Tisch handelten, läßt sich beobachten, daß manche derartige Institute zwar Goldanleihe zu dem künstlich niedrig gehaltenen amtlichen Kurs ankaufen, sie aber nicht wieder abgeben. Ein solches Vorgehen widerspricht der Absicht des Reiches bei der Schaffung der Goldanleihe derart, daß nicht genug dagegen Einspruch erhoben werden kann. Anstatt den Schatz der wirtschaftlich Schwachen gegen Geldentwertung herbeizuführen, wird sie so in den Händen der ohnehin zahlungskraftigen Beodückerungsklassen zu einem Mittel der Erhaltung der Substanz gegen Vermögensverluste oder gar der spekulativen Ausnutzung der gegenwärtigen Marktkonjunktur!

Man sollte den Bank- und Wechselgeschäften zur Pflicht machen, daß sie unter allen Umständen bei Anrechnung der üblichen Provisionssätze Papiermark gegen Goldanleihe anzunehmen haben, solange sie Goldanleihestücke besitzen und die letzteren nicht zurückbehalten dürfen. Man wird hoffentlich gegenüber diesen Instituten das gleiche Maß von Energie aufbringen, mit der man jetzt vom Regierungsschatz her den Arbeitern klar zu machen sucht, daß sie vorläufig noch nicht ausreichend wertbeständige Zahlungsmittel erhalten könnten!

Im übrigen ist das wirksamste Gegenmittel die baldige Ausgabe ausreichender Mengen von wertbeständigem Gelde, vorerst also der seit langem angeforderten Rentenmark, die nun schon seit Wochen im Druck ist. Welche Bedenken oder praktischen Schwierigkeiten hier eine rasche Arbeit verzögern, ist nicht ersichtlich. Ohnehin drohen dem Warenmarkt und insbesondere der Lebensmittelversorgung aus der gegenwärtigen Besetzung des Devisenmarktes schwere Gefahren. Um so notwendiger ist es, jetzt endlich Schritte zu schaffen und auch dem Volke das wertbeständige Geld zu geben, dessen die Wirtschaft jetzt mehr als je bedarf.

Eine Sinnes-Bank in Holland. Hugo Stinnes bemüht sich soeben, Holland in seinen Finanzkreis einzubeziehen. Der Barmer Bankverein wird in Kürze eine Zweigniederlassung in Amsterdam unter Leitung des bekannten Oberster Finanziers Baron von der Heide errichten. Der Barmer Bankverein ist bekanntlich der Mittelpunkt des von Hugo Stinnes zusammengekauften größten deutschen Provinzbanktrusts, zu dem neben dem Bankhaus v. d. Heide-Nerken Söhne in Eberfeld u. a. die Bayerischen Hypotheken- und Wechselbanken in München und die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig gehören. Stinnes kaufte im Frühjahr d. J. zu einem Spottpreis die Aktien des Barmer Bankvereins auf und gebrauchte dessen Finanzkraft, ungeachtet des Protests der alten Aktionäre aus der Bergischen Textil- und Eisenindustrie, die das Institut mit der Wahrung ihrer finanziellen Interessen seit Jahrzehnten betraut hatten, zur Befriedigung seines kolossalen Kreditbedürfnisses, zum Schaden der rheinischen Kleinindustrie.

Aus der Partei.

Die Parteioorganisationen zur politischen Lage.

Baden. Der Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Badens besaßte sich in seiner Sitzung vom 15. Oktober mit der Haltung der Reichstagsfraktion zu den letzten Vorkommnissen im Reich und nahm dabei einstimmig (bei Stimmenthaltung der beiden ihm angehörenden Reichstagsabgeordneten) die folgende Entschlieung an:

„In voller Würdigung der Gründe der Widerheit anerkennt der Bezirksvorstand den von der Mehrheit der Reichstagsfraktion eingenommenen Standpunkt als den richtigen. Der Bezirksvorstand sieht zunächst in der Erhaltung der Republik und ihrer Verfassung gegen ihre Feinde von rechts und von links die Hauptaufgabe der Partei. Er erwartet von den Genossen im Lande, unbeschadet ihrer persönlichen Einstellung zur gegenwärtigen politischen Lage, daß sie ihre ganze Kraft daran setzen, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren, um sie zur erfolgreichen Führung der schweren Kämpfe zu befähigen, die der Arbeiterschaft und der ihre Interessen vertretenden Organisationen in der Zukunft harren.“

Braunschweig. Der Bezirksauschuß der SPD, Braunschweig beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 14. Oktober mit der politischen und wirtschaftlichen Situation. Wegen einer Stimme wurde der neuerliche Eintritt unserer Partei in die große Koalition mißbilligt. Einmütig bedauert der Bezirksauschuß, daß bei den Verhandlungen über die neue Regierung die Reichstagsfraktion so wenig Initiative gezeigt hat. Den Forderungen der bürgerlichen Parteien hätten die Programme und Forderungen der Gewerkschaften und Partei entgegengestellt werden müssen. Um diese für die Partei so schicksalsschweren Fragen vor ein größeres Forum zu bringen und den Willen der Mitglieder der Partei einmütig festzustellen, verlangt der Bezirksauschuß einmütig die sofortige Einberufung eines Parteitags. Der Bezirksauschuß lehnt es ab, den Gedanken der Spaltung der Partei auch nur theoretisch zu erörtern. Dringender denn je ist die Geschlossenheit der Partei heute erforderlich.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Sabernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schönlank; Soziales und Konflikte: Fritz Korbitt; Angelegen: Th. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Formärte-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formärte-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

Milliarden sparen Sie
bei ERICH SCHULZ
Neukölln, Kala-Friedr.-Str. 220
an der Weichselstr.
Für den Winter: Strumpfwaren, Kinderröckchen, Trikots, Kleider, Wollwaren, Damen-Schlepper, Woll-, Nähnagen.

Alte Gebisse
aus Zahn & bis 100
Millionen Gold-
Doubles, Silber-
bruch fault.
Zahn-Ankauf
B. Zymalski,
Weihenburgerstr. 21

Zähne 5 Millen. u. 10 Millen.
3 Jahre weitgehende Garantie.
Teilzahlungen gestattet. Kronen. (Spez. Brücken-
zähne ohne Gassen.) Keine Luxuspreise. Persönl.
Fachmann. Munduntersuchung gratis. Zahnziehen mit
Betäubung bei Bestellungen gratis. Ueber 20 000
Gebisse voller Zufriedenheit geliefert.

Wohnungstausch
in u. nach Berlin
sowie in Berlin
nach auswärts
am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitung für möblierte
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Korsette
Verkauf
Reparatur, Maß-
anfertigung
Fr. C. Bungartz,
Neukölln, Badstr. 31.

LETTLANDS
einzige große deutsche
Morgenzeitung
Rigische Nachrichten
Organ der demokratischen Deutschen
Bestes Informationsorgan über
Volkswirtschaftliche Fragen
Lettlands und aller
übrigen Randstaaten
Allwöchentl. Sonder-Ausgabe über
Rigische Wirtschaft, Handel und Industrie
Verbreitetstes Inserat-organ
Redaktion und Expedition:
Kleine Königstraße 9, Riga, Lettland

Geschlechtskrankheiten
Behandlung von Syphilis, Gonorrhoe,
Schleimhautreizungen, Blenorrhoe,
Häufige Heilung, auch bei alten
Fällen, durch
Phosphor
das neue deutsche Heilmittel, Patent-
ausgezeichnet durch die Kaiserliche
Kommission für Hygiene und
Medizin.
Gewissensheiler Dr. E. Letting,
Phosphor-Heilanstalt,
Bismarckstr. 109, nahe Engelplatz-Str.
Bismarckstr. 191, nahe Hofmeister-Pl.
Bertramstr. für Herren und Damen.
Sprechzeit täglich 10-7, Sonnt. 9-12

Willst du
preiswert
Hosen
kaufen,
mußt zu
Hosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Beusselstr. 25

**Haivani, Danziger Str. 1 (Hochbahn-
station).**
Vorzeiger Extra-Rabatt 10 Prozent.
Erich Fuhrmann
Handelsgesellschaft eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse
BERLIN Gatzkowskystr. 13

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse** zählt unüberbittbare Preise
R. Felske,
67 Große Frankfurter Straße 67.

**Bettwäsche
Wäschestoffe**
Handtücher, Hem-
denzeuge, Damast,
Dimis, Linn,
Züchen, Inletts,
Bettdecken usw.
zu konkurrenzlos
billigsten Preisen
Wäschefabrik Eiborn
Neukölln, Berlin-Str. 31
(an d. Hermannstr.)

Marken-Zigaretten
Tabak u. Zigarren Garbaty, Kaiser-
Constantin, Karmlitz,
Avramikos, Murati, gibt ab und Tages-
Tabakwaren-
Arno Gebner, Großhandl.,
Wertstr. 21. Teleph.: Moabit 2114.